

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 15

Artikel: Die Devise heisst Devisen : der rätselhafte Preis von Marlboro-Zigaretten aus Polen
Autor: V.P.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094596>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der rätselhafte Preis von Marlboro-Zigaretten aus Polen

Die Devisen heisst Devisen

Wie kommt es, dass sozialistische Länder manche Waren zu Dumpingpreisen auf den Markt werfen und dabei erst noch gut verdienen können? Der Grund ist der Unterschied zwischen dem offiziellen und dem realen Wert von ausländischen Devisen.

In allen Volkswirtschaften des realen Sozialismus sind die harten Währungen, die sogenannten Devisen, ein rarer Artikel und ein köstliches Gut; besonderer Wertschätzung erfreuen sich dabei die Dollars, die einzige stabile Währung hinter dem Eisernen Vorhang, für die man dort alles – oder doch fast alles – kaufen kann: Gold und Silber, Wohnungen, Medikamente, Automobile, Baumaterial, Saatgut und Dünger usw.

Die nationalen Gesetzgebungen sind darauf ausgerichtet, möglichst viel von diesen Devisen zu ergattern. Was irgendwie im sogenannten «zweiten Währungsgebiet», das heisst in westlichen Industriestaaten absetzbar ist, wird dorthin verkauft; Kohle, Erdöl und Zucker (u. a. m.) werden rationiert, um sie gegen Dollars exportieren zu können.

Den ausländischen Touristen werden tägliche Umtauschquoten zu einem offiziellen Zwangskurs auferlegt, der ein Mehrfaches teurer ist als der Schwarzmarktkurs.

Im weiteren sind in den internationalen Hotels und Flughäfen der sozialistischen Staaten Läden eingerichtet, in denen für Dollars die Dinge gekauft werden können, die normalerweise nicht oder nur sehr schwer zu finden und zu erwerben sind. In der UdSSR heissen diese «Berjoschka», in Polen «Pewex» und in der

**Wenn nur die Devisen
deine Devisen sind,
dann sind deine Devisen
schlechte Devisen.**

Lothar Kaiser:
«Bedenkliche Notizen . . .»;
siehe Buchtip Seite 11

DDR «Intershop». Soweit den eigenen Untertanen der Besitz von Devisen gestattet wird – was beispielsweise in der DDR und in Polen der Fall ist – können diese sich ebenfalls in den Devisenläden versorgen.

Was nicht exportiert oder über die Devisenläden verkauft werden kann, wird über das normale Verteilernetz verkauft, aber zu Preisen, die dem Schwarzkurs des Dollars entsprechen. Das führt dann zu Erscheinungen, die dem

Landeseinwohner sonnenklar, dem westlichen Beobachter aber unverständlich sind.

Ein Beispiel dafür hat der Warschauer «Express Wieczorny» am 2. Juli 1984 dargelegt. Danach werden in Krakau mit westlicher Lizenz Marlboro-Zigaretten in Originalqualität hergestellt. Soweit möglich, werden diese exportiert, und zwar zu einem Preis von 0,85 Dollar pro Stange. Das ergibt zum offiziellen Kurs 98 Zloty, einen Betrag, der nicht ausreicht, um die Inlandkosten zu decken. Und doch macht der Staat dabei ein Geschäft; zwar kosten ihn die auf diese Weise erworbenen Dollars mehr als 115 Zloty, aber immer noch erheblich weniger als 700 Zloty, die er auf dem schwarzen Markt dafür aufwenden müsste.

Diesen Kurs wendet der Staat selber an, wenn er Marlboro-Zigaretten im Inland verkauft. Die Stange kostet dann im Pewex 4 Dollar und in den Kiosken 2800 Zloty; und obschon das ein Fünftel bis ein Sechstel eines durchschnittlichen Monatsverdienstes ist, hat dieser Preis – wie der «Express Wieczorny» schreibt – «den Segen des Ministeriums».

Was hier mit Zigaretten exemplifiziert worden ist, lässt sich bei zahlreichen anderen Mangelwaren und auch bei Dienstleistungen beobachten. Die Dumpingpreise bringen den sozialistischen Volkswirtschaften keine Verluste, sondern Gewinne; der Unterschied der offiziellen und inoffiziellen Devisenkurse macht's möglich. VP

Dicke Luft in Polens Staatsindustrie

In Polen ist das Arbeitsklima vielerorts auch im direktesten Sinne vergiftet: Die Werktätigen atmen an ihrem Arbeitsplatz verseuchte Luft ein.

Das zentrale Arbeitsinspektorat in Polen hat eine steigende Zahl von Arbeitsunfällen bekanntgegeben (Radio Warschau, 30. 5. 1984): Die für 1983 registrierten 236 700 Fälle bedeuteten gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 4,5 Prozent. 1280 Arbeitsunfälle führten zum Tod, 6000 hatten Invalidität zur Folge,

und 76 000 machten medizinische Langzeitbehandlung erforderlich. Als häufigste Ursache (44 Prozent) wird schlechte Arbeitsorganisation genannt.

Mit den registrierten Fällen wurden aber noch nicht alle Fälle erfasst. Wie der Chef des In-

spektorates, Henryk Kowalski, vermutet, liegt die Zahl der tatsächlichen Fälle zum Teil um ein Mehrfaches höher. Wenn sich der Betroffene mitschuldig glaubt, lässt er sich aus Angst vor Strafe von seinem Arzt einen Unfall ausserhalb seines Betriebes attestieren; die Betriebsleitungen ihrerseits sind ebenfalls daran interessiert, soviel wie möglich zu vertuschen.

Katastrophale Zustände

18 Prozent der registrierten Unfälle entfallen auf die Sammelkategorie «fehlerhafte Technologie, verwahrloste Räumlichkeiten und Umgang mit gefährlichen Substanzen». Das sind Dinge, für die der staatliche Betriebseigentümer direkt die Verantwortung trägt; die Belegschaft kann da nichts dafür.

Und schlechte Zustände sind weit verbreitet. Laut einer etwas früheren Angabe («Trybuna Ludu», Warschau, 26. 2. 1984) finden 1,5 Millionen der 14 Millionen Werktätigen des Landes an ihrem Arbeitsplatz Verhältnisse vor, die den bestehenden Sicherheitsvorschriften nicht genügen. Und die «industrielle Gefahrenzone», wie man die Arbeit mit Risiken für Leben und Gesundheit nennt, breitet sich weiter aus, insbesondere bei der Stahlerzeugung, im Bergbau und im Energiesektor.

Verwahrloste Räumlichkeiten können noch schlimmer sein, als sie aussehen. Von 2000 Gebäulichkeiten, welche das Inspektorat letztes Jahr unter die Lupe nahm, erwiesen sich 300 als einsturzgefährdet; 20 000 Arbeiter mussten deswegen in andere Werkstätten umgesiedelt werden.

Am schlimmsten bestellt ist es im Bergbau, wo Schichtbetrieb und drängende Planaufgaben die vom Arbeitsinspektorat angeordneten Arbeiten zur Behebung von Mängeln immer wieder hinauszögern. (Die Produktion geht in den nicht-kapitalistischen Ländern vor.) Gegenwärtig befinden sich 66 Bergwerke in Betrieb, und gleich 60 von ihnen sind in die Kategorie «gefährlich» einzustufen.

Arbeiter atmen Gift und Russ

Indessen sind Arbeitsunfälle allein noch kein Gradmesser für gesundheitsgefährdende Arbeitsverhältnisse. Hinzu kommen noch die am Arbeitsplatz verursachten Krankheiten.

In vielen Betrieben ist der Verseuchungsgrad der Luft sehr hoch. In den Stahlwerken von Katowice ist der Staubanteil 16- bis 105mal grösser, als nach den bestehenden Sicherheitsnormen zulässig wäre (!). Gleichzeitig übersteigt der Lärmpegel 121 Dezibel.

In den Kupferwerken von Legnica gab es diesen Frühling laut Befund des Arbeitsinspektorates infolge ungenügender Ventilation so wenig Sauerstoff in der Atmosphäre, dass man die Arbeit in einigen Abteilungen einstellen musste. In der nahe gelegenen Fabrik Legmet «atmen die Arbeiter alles ein ausser sauberer Luft»; so der Bericht des Inspektorates.

Das Inspektorat hat eine Liste der 75 Unternehmungen mit den schlimmsten Verhältnissen zusammengestellt. Dort sind «die Bedingungen für Gesundheit und Sicherheit der Arbeitskräfte ausserordentlich gefährlich».

In den Kohlebergwerken sind Radonvergiftungen eine häufige Erscheinung. In 20 Prozent der Minen sollte eine ständige Überprüfung der Bildung von gasförmigen Schadstoffen angeordnet werden. (Die Forderung zeigt, dass eine laufende toxische Kontrolle nicht stattfindet, geschweige denn eine Selbstverständlichkeit ist.)

Laut einer früheren Feststellung von Jerzy Pacho, einem Generaldirektor im Sozialministerium, findet die Produktion in Betrieben statt, «die regelrecht ihre eigenen Leute vergiften und trotzdem nur wenig zur Verbesserung der Verhältnisse unternehmen» («Zycie Warszawy», Warschau, 11. 3. 1984).

In steigender Zahl (man schätzt sie gegenwärtig auf weit über 10 000) leiden in Polen die Arbeiter wegen der Verhältnisse an ihrem Arbeitsplatz an Lungenkrankheiten. Besonders typisch ist die sogenannte Staublunge, die Anthrakose (Ablagerung von Kohlestaub und Russ in den Lungenbläschen und Lymphbahnen). Hinzu kommen Hautkrankheiten, Gehörschäden und Augenleiden. Insbesondere in 64 Betrieben hat man eine «deutliche Zunahme» der sogenannten Industriekrankheiten festgestellt («Trybuna Ludu», Warschau, 25./26. 2. 1984).

In den Werften von Danzig leiden 15 Prozent der Arbeiter im Alter über 20 Jahren an Anthrakose, die dort durch Asbeststaub verursacht wird; weitere 15 Prozent haben Bronchialbeschwerden.

In vielen Fabriken fehlt es an der fundamentalen Schutzbekleidung gegen Säure, Öl, Feuer

Fortsetzung auf Seite 12

LAXENBURG PAPERS

... eine Schriftenreihe, herausgegeben vom Österreichischen Institut für internationale Politik in Laxenburg bei Wien: Ergebnisse abgeschlossener Forschungsarbeiten in englischer Sprache ...

Bd. 1: K. E. Birnbaum, **Arms Control in Europe: Problems and Prospects.** 1980. 122 S. Kart. sFr. 15.50.

Bd. 2: O. Höll, **Austria's Technological Dependence: Basic Dimensions and Current Trends.** 1980. 63 S. Kart. sFr. 9.50.

Bd. 3: W. D. Eberwein — H. Neuhold, **The Adaption of Foreign Ministries to Structural Changes in the International System.** 1981. 75 S. Kart. sFr. 9.—.

Bd. 4: K. E. Birnbaum — H. Neuhold: **Neutrality and Non-Alignment in Europe.** 1982. 202 S. Kart. sFr. 15.—.

Bd. 5: K. E. Birnbaum (ed.), **Confidence Building and East West Relations.** 1983. 132 S. Kart. sFr. 15.—.

Bd. 6: O. Höll (ed.), **Small States in Europe and Dependence.** 1984. 336 S. Kart. sFr. 29.—.

WILHELM BRAUMÜLLER
 Universitäts-Verlagsbuchhandlung GmbH.
 A-1092 Wien · Servitengasse 5

Dicke Luft

Fortsetzung von Seite 5

und Staub. Desgleichen herrscht Mangel an Handschuhen, Sicherheitsschuhen, Gesichtsmasken und Schutzhelmen. Was im Sortiment noch vorhanden ist, ist qualitativ schlecht; vergleichbare Produkte «anderer Länder» (gemeint sind sicherlich die westlichen Länder) haben eine zwei- bis dreimal längere Lebensdauer.

Ohnmächtige Inspektoren

Das polnische Arbeitsinspektorat ist laut eigener Aussage nicht in der Lage, an den Zuständen viel zu ändern.

Schon personell ist es (im Unterschied zu Polizei oder Staatssicherheitsdienst) stark unterdotiert. Für die staatliche Industrie stehen ihm 800 Inspektionsteams zur Verfügung. Von ihnen wird erwartet, dass sie 70 000 Unternehmen mit insgesamt rund 12 Millionen Beschäftigten kontrollieren; ein unmögliches Unterfangen. Letztes Jahr vermochten sie 12 000 Betriebe zu inspizieren, und schon dabei stiessen sie auf gut 260 000 «ernsthafte Verletzungen» der Sicherheitsvorschriften. In vielen kleineren Fabriken, Werkstätten und Warenhäusern ist schon seit Jahren kein Beamter des Arbeitsinspektorates mehr aufgetaucht.

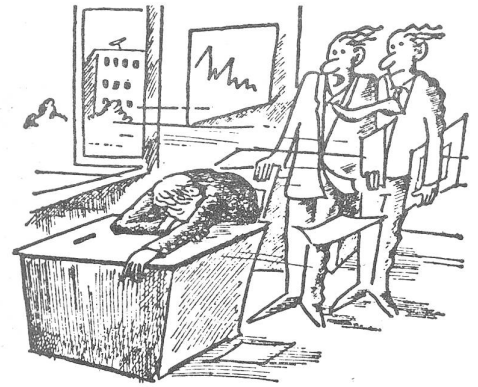
Überdies fehlt es den Leuten vom Inspektorat an Kompetenzen, ihre Empfehlungen durchzusetzen. Sie registrieren einfach die Unfälle und

können geringfügige technische Verbesserungen erwirken. Für grössere Veränderungen sind sie auf den guten Willen der Betriebsleitung angewiesen. Und dieser lässt sich nicht voraussetzen.

Wenn katastrophale Zustände wie zum Beispiel akute Einsturzgefahr festgestellt und weitergemeldet werden, begnügt man sich damit, die fehlbare Betriebsleitung mit einer Geldstrafe zu belegen, weil sie die Schäden vertuscht hat. (Die Busse bildet vermutlich kein ernstliches Gegengewicht zum Prämienausfall und zu sonstigen Sanktionen, die bei Nichterfüllung des Produktionsplanes drohen.)

★

So sind Zustände am Arbeitsplatz, die in den «kapitalistischen» Ländern ein unvorstellbarer Skandal wären, für sozialistische Verhältnisse völlig normal und bleiben es auch weiterhin. ■



Und aus der Sowjetunion ein Lachen à propos Sicherheitsbestimmungen am Arbeitsplatz («Trud», Moskau, 26. 7. 1983): «Als Sicherheitsexperte beantrage ich, dass man den Sidorow zu einem andern Schreibtisch transferiert. Hier ist Durchzug: da kann er sich erkälten.»

In Kürze

Das Statistische Hauptamt in Warschau hat die Lage von gut 3000 «jungen Familien» in Polen untersucht. 91 Prozent von ihnen hatten Kinder, das heisst im Normalfall allerdings nur ein Kind. Von Interesse sind die Wohnverhältnisse: 65 Prozent der befragten Familien hatten eine eigene Wohnung (mit nicht ganz 13 m² Durchschnittswohnfläche pro Kopf), und gut 32 Prozent hatten ein eigenes Zimmer in der Elternwohnung des einen Partners. Etwas mehr als 2 Prozent lebten in einem Durchgangszimmer oder mussten sich mit einem Zimmeranteil begnügen («Trybuna Ludu», Warschau, 6. 7. 1984).

Dabei ist erst noch fraglich, wie repräsentativ die ausgesuchten Familien der jüngsten Erhebung sind. In den polnischen Darstellungen selbst herrscht nämlich Einigkeit darüber, dass sich die allgemeine Wohnungssituation seit 1980 verschlechtert habe, und kurz zuvor, nämlich im Juni 1979, hatte eine vergleichbare Erhebung noch ungünstigere Verhältnisse ergeben. Damals hatte nur jedes fünfte «neue Ehepaar» eine eigene Wohnung, und jedes zehnte war gezwungen, nach der Eheschliessung vorerst getrennt bei den jeweiligen Eltern zu wohnen («Nowe drogi», Warschau, Nr. 6/1979).

Entweder hat die neue Befragung seine Beispiele oberhalb des Durchschnitts herausgegriffen, oder die jetzige Definition der «jungen Familie» (eine ohnehin vage Sache) ist gegenüber dem früher verwendeten Begriff der «neuen Ehepaare» sehr kräftig gestreckt worden, was angesichts des Vorkommens von Zweikinderfamilien unter den erfassten Fällen möglich scheint. In diesem Fall ist nur noch zu präzisieren, dass sich die Wohnverhältnisse unmittelbar nach der Heirat oder Hausstandgründung noch erheblich schlechter ausnehmen, als sie das Statistische Hauptamt für «junge Familien» (bis zu wieviel Jahren?) ausweist. Abgesehen davon, dass sich die statistischen Angaben einer unabhängigen Kontrolle entziehen.

★

In Polen leben zurzeit über eine Million Personen in Arbeiterheimen (dort «Arbeiterhotels» genannt). Ursprünglich waren die Heime nur als Übergangslösung bis zum Bezug einer eigenen Wohnung gedacht; tatsächlich wohnen die Jungarbeiter dort jahrelang. Unter anderm beherbergen sie heute mehr als 20 000 Familien, von denen viele schon Kinder haben («Trybuna Ludu», Warschau, 7.-8. 7. 1984). Laut einer früheren Veröffentlichung («Sztandar młodych», Warschau, 22. 9. 1983) beträgt in den Arbeiterheimen die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf nur 6,2 m²; die Zimmer sind normalerweise mit zwei bis drei Personen belegt, manchmal aber auch noch stärker.

In der Schweiz

Im Gegensatz zum «Arbeiterstaat» Polen nehmen in der Schweiz die Arbeitsunfälle ab. In Polen haben sie — wie erwähnt — in der Periode 1982/83 um 4,5 Prozent zugenommen, in der Schweiz hingegen um 4,9 Prozent abgenommen. Dr. Fritz Sonderegger, Informationschef der SUVA in Luzern zu ZeitBild: «Die Abnahme der Arbeitsunfälle ist bei uns ein eigentlicher Trend. Seit 1920 sind diese Unfälle um einen Drittel zurückgegangen, und der Abnahmetrend scheint auch in Zukunft anzuhalten. Verbesserte Arbeitsbedingungen und verkürzte Arbeitszeiten spielen dabei eine Rolle.» Und was den Lärmpegel in den Stahlwerken von Katowice von 121 Dezibel anbetrifft: In der Schweiz wird generell ein Lärmpegel von 90 plus/minus 2,5 Dezibel toleriert. Darüberhinausgehende Lärmpegel werden als «gehörgefährdend» deklariert. Es werden entsprechende Massnahmen getroffen. Einsturzgefährdete Räumlichkeiten und Werkstätten wie in Polen sind den schweizerischen Arbeitsinspektoren keine bekannt.

«Und die Abfälle werden auch immer mieser.»
(«Szpilki», Warschau)

